



Rechtsausschuss

40. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

10. Dezember 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:25 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Heike Niemeyer; Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Strafrechtliche Ermittlungen gegen den ehemaligen Abteilungsleiter im MUNLV, Herrn F. (s. Anlage) | 5 |
| | Vorlage 14/2317 | |
| 2 | Profitiert Klaus Z. von einer Gerichtspanne aufgrund von Gerichtsüberlastung? | 40 |
| | Bericht der Landesregierung | |

¹ Nichtöffentlicher Teil mit TOP 15 und 16 siehe nöAPr 14/163

3 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gliederung und die Bezirke der ordentlichen Gerichte und anderer Gesetze 50

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/6933

Der **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 14/6933** wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

4 Verfassungsgerichtliches Verfahren 51

wegen der Behauptung des Kreises Düren und zwei weiterer Kreise, das Zweite Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen vom 30. Oktober 2007 (GV. NRW S. 481 ff.) und das Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts vom 11. Dezember 2007 (GV. NRW S. 662 ff.) verletzen die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung – VerfGH 28/08

Vorlage 14/2113

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen aller Fraktionen, in dem vorgenannten Verfahren **keine Stellungnahme abzugeben**.

5 Verfassungsgerichtliches Verfahren 52

wegen der Behauptung der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, die Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung durch das zweite Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen vom 30. Oktober 2007 (GV. NRW S. 481 ff.) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung – VerfGH 29/08

Vorlage 14/2221

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen aller Fraktionen, in dem vorgenannten Verfahren **keine Stellungnahme abzugeben**.

6 Kinderpornografie im Internet – entschlossen und wirksam bekämpfen! 53

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7830

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/7907

Der Ausschuss kommt überein, eine Sachverständigenanhörung durchzuführen, wobei jede Fraktion zwei Sachverständige benennen kann.

7 Schutz des Rechtsstaates muss auch für SGB-II-Leistungsbezieher erhalten bleiben! 54

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7949

Der Ausschuss kommt überein, dem mitberatenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Frist zur Abgabe eines Votums bis zum 2. Februar 2009 zu setzen.

8 Prüfverfahren für die Gewährung von Vollzugslockerungen 55

Vorlage 14/1783

9 Einhaltung der 41-Stunden-Woche in der Justizvollzugsanstalt Essen 59

Vorlage 14/2309

10 Ausbruch eines Gefangenen aus der JVA Willich 61

Vorlage 14/2313

– Keine Wortmeldungen

–

Rechtsausschuss

10.12.2008

40. Sitzung (öffentlich)

we

- 11 Planungsstand des Neubaus einer Jugendhaftanstalt in Wuppertal 62**
Vorlage 14/2310
Zuschrift 14/1599
- 12 Sozialtherapeutische Anstalt Gelsenkirchen 64**
Bericht der Landesregierung
- 13 Mikrofone vor Gerichtstüren/Kameras mit Audiofunktion an nordrhein-westfälischen Gerichten 65**
Vorlage 14/2312
- 14 Verschiedenes 67**
hier: **Änderung des Sitzungsplans für September 2009**

* * *

3 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gliederung und die Bezirke der ordentlichen Gerichte und anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/6933

Der Antrag wurde am 18. Juni 2008 im Plenum beraten und an den Rechtsausschuss überwiesen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses im Plenum erfolgen.

Vorsitzender Dr. Robert Orth erinnert an die Sachverständigenanhörung am 3. November 2008, die man heute auswerten wolle, um zu einer Beschlussempfehlung an das Plenum zu kommen.

Thomas Kutschaty (SPD) macht darauf aufmerksam, aufgrund des Ergebnisses der Anhörung habe sich seiner Fraktion noch nicht erschlossen, welche Einspareffekte und Rationalisierungsvorteile sich ergeben sollten. Die Ministerin habe seinerzeit angekündigt, im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens entsprechende Zahlen nachzureichen, was bislang nicht geschehen sei. Seine Fraktion sehe in diesem Gesetz daher keine Vorteile für die Rechtspflege in Nordrhein-Westfalen und werde es ablehnen.

Harald Giebels (CDU) erinnert an die bereits in den Plenardebatten dargestellten Vorteile. Zudem habe die Anhörung ergeben, dass die von diesem Gesetz betroffenen Kommunen mit diesen Plänen einverstanden seien. Daher handele es sich um ein bürgernahes Vorhaben, das seine Fraktion begrüße.

Der **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 14/6933** wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

